

# Newsletter Mechthild Rawert **KOMPAKT.**

Ausgabe 1/ 2010



**kompetent. lebensnah. vor Ort.**

Liebe Leserinnen,  
lieber Leser,

Guido Westerwelle, FDP-Parteivorsitzender und jedenfalls qua Amt Bundesaußenminister, dominiert derzeit mit seinen Haudrauf-Reden die mediale Berichterstattung. Mit seinen angeblichen „Meisterwerken der Klientel-Rhetorik“ spaltet der Liberalen-Chef die Republik - ein gefundenes Fressen für die Titelseiten. Bedauerlich nur, dass im Zuge dieser Debatte politische Botschaften mit Substanz, wie sie etwa vom SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel oder vom SPD-Fraktionvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier zum Bundesverfassungsgerichts-urteil, zur Gesundheitspolitik, zum Thema „Afghanistan“ kommuniziert wurden, kaum beachtet werden.

Ich will Heiner Geißler nicht widersprechen: „Die spätrömische Dekadenz bestand darin, dass die Reichen nach ihren Fressgelagen sich in Eselsmilch gebadet haben und der Kaiser Caligula einen Esel zum Konsul ernannt hat. Insofern stimmt Westerwelles Vergleich: Vor 100 Tagen ist ein Esel Bundesaußenminister geworden“, hatte der Ex-CDU-Generalsekretär in der Zeitung „Die Welt“ Westerwelles Rede ins historisch rechte Licht gerückt.

Und dennoch: Politik braucht seriöse Information, ja, braucht auch widersprüchliche Meinungen, damit BürgerInnen zur Einmischung und Teilhabe aufgefordert sind. Auf jeden Fall sind Demokratie und Politik mehr als propagierter Dschungelkampf à la Westerwelle, wo die Starken die Schwächeren fressen.

Deshalb meine Bitte an Sie: Auch in Ihrer Nähe gibt es Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich regelmäßig in verschiedenen Arbeitskreisen, Arbeitsgemeinschaften und Abteilungen (Ortsvereinen) treffen. Gern spreche ich mit Ihnen darüber, wo und wie Sie persönlich am besten mit uns in Verbindung treten können.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihre Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg

**Mechthild Rawert**

## Hier treffen Sie mich vor Ort!

- **02. März 2010**, 19.30 Uhr, Fraktion vor Ort: Regieren auf Pump - Wer zahlt für die schwarz-gelbe Steuerpolitik? u. a. mit Lothar Binding, MdB, Stv. finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ratskeller Reinickendorf, Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin (U-Bhf. Reinickendorf, U 8), Anmeldung bitte bis zum 25.02.2010: Mechthild Rawert, MdB, Telefon 227-73750, Fax 227-76250, E-Mail mechthild.rawert@bundestag.de
- **08. März 2010**, ab 8 Uhr, Internationaler Frauentag, an verschiedenen Orten im Bezirk und den ganzen Tag über werden Rosen und dazu eine Karte zum Internationalen Frauentag verteilt.
- **26. März 2010**, 12 Uhr, Zentrale Aktion zum Equal Pay Day, Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor. Frauen verdienen in Deutschland 23 Prozent weniger als Männer. Das heißt: 100 Prozent des Jahreseinkommens von Männern haben Frauen erst am 26. März erreicht. Um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen, findet eine Kundgebung am Brandenburger Tor statt. Als Symbol gelten rote Taschen. Entweder mitbringen oder eine der Equal Pay-Taschen dort erwerben!
- **26. März 2010**, 18 Uhr, BürgerInnenforum Gesundheit, Paul-Löbe-Haus, Eing. Süd, Raum 4.700., um Anmeldung mit Geburtstag und -ort wird gebeten: Mechthild.Rawert.ma02@bundestag.de oder per FAX an 030 227 76 250. Bitte den Personalausweis mitbringen!

## INHALT.

- **Selbstbestimmung.**  
NEIN zu Zwangsehen und Ehrenmorden.....2  
Auch Menschen ohne Papiere haben Rechte..2
- **Gedenken.**  
Bundestag gedenkt der Opfer des  
Nationalsozialismus..... 3  
Denk-Mal! Erinnerung braucht einen Ort ..... 3
- **Gesundheit.**  
100 Tage Schwarz-Gelb: Rösler setzt aufs  
falsche Pferd.....4  
Keine Kürzungen bei multilateraler Hilfe .....4  
Schwarz-Gelb: Von Solidarität weit und breit  
keine Spur.....4
- **Konjunkturpaket II.**  
Zukunftsträchtige Investitionen in Tempelhof-  
Schöneberg.....6  
Halbzeitbilanz des Konjunkturpaketes II.....6
- **Aktuelles.**  
Arme Menschen dürfen nicht als Sparschweine  
für schwarz-gelbe Steuersenkungspläne  
herhalten.....7
- **Frauen.**  
Kampf gegen Genitalverstümmelung muss fort-  
geführt werden.....8  
Mechthild Rawert beim Frauenmärz.....8  
Mehr Mitbestimmung für Frauen in  
Top-Positionen.....8
- **SPD.**  
SPD-Neumitglieder zu Besuch im Reichstag.....9  
Aufruf zu Betriebsratswahlen 2010.....9

**5. TODESTAG HATUN SÜRÜCÜ**

■ **Klares NEIN zu Zwangsehen und Ehrenmorden**

„Hatun Sürücü wäre heute 28 Jahre alt. Sie wollte für sich und ihren Sohn ein selbstbestimmtes Leben. Dafür wurde sie auf offener Straße von ihrem Bruder erschossen. Ihr Tod sollte uns auch fünf Jahre nach dieser schrecklichen Tat daran erinnern, dass es Mord im Namen der Ehre nicht gibt“, erklärte die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, stellv. Sprecherin der AG Integration/Migration, am 07. Februar. Zur Gedenkveranstaltung aus Anlass des fünften Todestages von Hatun Sürücü hatte das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg eingeladen.

Bezirksbürgermeister Ekkehard Band verwies in seiner Gedenkrede darauf, dass Hatun Sürücü ein selbstbestimmtes Leben führen wollte - und diesen Wunsch mit dem Leben bezahlen musste. Sürücü war als 16-Jährige zwangsverheiratet worden und schwanger nach Berlin zurückgekehrt. Die Deutsch-Türkin hatte ihren Hauptschulabschluss nachgeholt und eine Ausbildung zur Elektromechanikerin begonnen. Die furchtbare Tat ereignete sich schließlich im Februar 2005. An einer Bushaltestelle in Tempelhof wurde Hatun Sürücü aus nächster Nähe in den Kopf geschossen.

Band betonte, dass der Wille und die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben weniger unter ethnischen Gesichtspunkten zu diskutieren sei. Viel wichtiger sei es, den sozialen



Status und die damit verbundenen Chancen und Grenzen in den Mittelpunkt zu stellen.

„Seit der Ermordung von Hatun Sürücü ist viel geschehen. Wir haben lange für die Selbstbestimmung von Frauen gekämpft und werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Wir stehen für ein eindeutiges NEIN zu Zwangsehen und Ehrenmorden. Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht“, sagte Mechthild Rawert.

Viele nahmen an der Gedenkveranstaltung für Hatun Sürücü am Gedenkstein Oberlandgarten / Ecke Oberlandstraße in Tempelhof teil: u.a. Dilek Kolat, Kreisvorsitzende der SPD, Gisela von der Aue, Justizsenatorin, Almut Nehring-Venus, Staatssekretärin für Frauen, Günter Pinding, der Berliner Integrationsbeauftragte, Eren Ünsal, Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS), Ursula Hasecke, Frauenbeauftragte des Bezirks, ebenso wie Gabriele Gün Tank, Integrationsbeauftragte des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, Vertreterinnen von Frauenorganisationen wie Terre des Femmes, ParteienvertreterInnen der Bezirksverordnetenversammlung und aus dem Abgeordnetenhaus sowie VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen. Anwesend waren aber auch Bürgerinnen und Bürger, die dem Recht auf ein selbstbestimmtes Leben für jede Frau Nachdruck verleihen wollten. ■

■ **Auch Menschen ohne Papiere haben Rechte**

„Ich werde mit meinen KollegInnen die Situation von Menschen ohne Papiere als Thema auf der parlamentarischen Tagesordnung halten“, kündigte die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, stellv. Sprecherin der Querschnittsgruppe Migration der SPD-Bundestagsfraktion, auf der Veranstaltung „Aktuelles zur Lebenslage von Menschen ohne Aufenthaltsrecht“ am 20. Januar im Berliner Haus der Caritas an.

Zum Erfahrungsaustausch hatten der Jesuiten-Flüchtlingsdienst, der Deutsche Caritasverband und das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland PraktikerInnen eingeladen.

Der SPD-Gesetzentwurf (17/56) vom November vergangenen Jahres bietet einen guten Ansatzpunkt für eine fraktionsübergreifende Stärkung der Menschenrechte im Deutschen Bundestag, so Rawert. Danach soll die bisherige Übermittlungspflicht künftig nicht mehr für alle öffentlichen Stellen gelten, sondern nur „für solche, deren Aufgabe die Gewährleistung der Gefahrenabwehr und die Strafrechtspflege sind“. Dazu zählen Polizei- und Ordnungsbehörden sowie öffentliche Stellen mit der Aufgabe der Strafverfolgung und -vollstreckung.

Bei öffentlichen Stellen, deren originäre Aufgaben in der Gewährleistung sozialer Rechte bestehen, werden eben diese Aufgaben gefährdet, wenn die Betroffenen aus Angst vor Ent-

deckung davon absehen, sich an diese Stellen zu wenden“, begründet die Fraktion ihren Vorstoß. Deshalb sollen von dem betreffenden Gesetzespassus laut Vorlage nur die Stellen erfasst werden, „bei denen die Übermittlungspflicht die Wahrnehmung der eigenen Aufgaben nicht gefährdet“.

Schätzungen zufolge leben zwischen 200.000 bis 460.000 Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland. Ihre Situation hat sich in den vergangenen Jahren verbessert - darüber waren sich auch die PraktikerInnen aus den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und Rechte am Arbeitsbereich einig. „Dennoch ist es ein Leben in Angst, das diese Menschen zwingt, auf fundamentale Rechte zu verzichten. Aus Angst vor Abschiebung, aber auch wegen mangelnder Informationen und Beratungsangebote geben Eltern ihre Kinder nicht in die Kita oder Schule, nehmen Schwangere nicht an Vor- oder Nachsorgeuntersuchungen teil und können Arbeitgeber unzumutbare Arbeitsverhältnisse durchsetzen. Damit muss Schluss sein“, sagte Rawert.



Foto: Doreen Lauterbach/www.pixelio.de

Pater Martin Stark SJ, Direktor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Deutschlands, erklärte: „Es gibt keinen Widerspruch zwischen Ordnungsrecht und Menschenrecht. Menschenrechte lassen sich nur in einem geordneten Staatswesen realisieren - der größte Feind der Menschenrechte ist das Faustrecht“. ■

■ **Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus**



Foto: Deutscher Bundestag / Lichtblick/  
Achim Melde

Auch in diesem Jahr fand im Deutschen Bundestag eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus statt, zu der Gäste aus aller Welt eingeladen waren. Am 27. Januar sprach der israelische Präsident Shimon Peres anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau im Plenarsaal des Deutschen Bundestages.

In seiner mit Spannung erwarteten Rede forderte Peres Deutschland und die Welt auf, noch lebende Nazi-Verbrecher vor Gericht zu stellen. "Ich

bitte Sie, tun sie alles, um diesen Verbrechern ihre gerechte Strafe zu erteilen", sagte der Friedensnobelpreisträger. "In unseren Augen handelt es sich nicht um Rache. Es geht um Erziehung", sagte Peres. Die Jugend müsse sich erinnern und dürfe nicht vergessen, was geschehen ist, mahnte Israels Präsident.

Seit 1996 ist der 27. Januar offiziell Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Das Datum erinnert an die Befreiung der Überlebenden aus dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau durch Soldaten der Roten Armee am 27. Januar 1945.

Im Anschluss an die Gedenkfeier im Deutschen Bundestag veranstaltete der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg e.V. (LSVD) eine Gedenkfeier für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Im Nationalsozialismus wurden Schwule und Lesben für ihre sexuelle Orientierung in Konzentrationslager verschleppt und ermordet. ■

**LÖCKNITZ-GRUNDSCHULE**

■ **Denk-Mal! Erinnerung braucht einen Ort**

Gemeinsam mit SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen der Schöneberger Löcknitz-Grundschule gedachte die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert am 1. Februar den Opfern des Nationalsozialismus.

„Wir tragen in Deutschland besondere Verantwortung für die Shoah, für das von deutschem Boden ausgehende beispiellose Menschheitsverbrechen, für den systematisch betriebenen Massenmord. Ebenso tragen wir Verantwortung im Kampf gegen Rechts-Extremismus und Neo-Nationalismus. Als Demokratinnen und Demokraten, als Bürgerinnen und Bürger, als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sagen wir jeder Form von Antisemitismus, Rassismus, Extremismus und Intoleranz den Kampf an“, sagte Rawert in ihrer Rede auf der Gedenkveranstaltung. Anlass war der Internationale Holocaustgedenktag 2010, der an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27.1.1945 durch die Rote Armee erinnert.

**Gesicht und Würde zurückgeben**

Die SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern haben auf dem Schulhof der Löcknitz-Grundschule ein besonderes Denk-Mal geschaffen. Seit 16 Jahren tragen die SchülerInnen der 6. Klassen Informationen über das Schicksal von Jüdinnen und Juden zusammen, die im Holocaust ermordet wurden. Jedes dieser Opfer erhält einen Gedenkstein mit Namen, immer wieder kommen neue Steine hinzu.

Die SchülerInnen berichteten von einzelnen Schicksalen ermordeter JüdInnen aus Schöneberg und gaben Ihnen so wieder ihr Gesicht und ihre Würde zurück. Höhepunkt des Gedenkens war die Niederlegung eines Gedenksteins für die jüdische

Schriftstellerin Gertrud Kolmar. Die Schriftstellerin wohnte in der Speyerer Str. 10 bis zur so genannten Fabrikaktion 1943. Als „Fabrikaktion“ wird die Verhaftung der bis dahin von der Deportation verschonten letzten Berliner Juden bezeichnet, die bis zum 27. Februar 1943 noch in Berliner Rüstungsbetrieben oder von der jüdischen Kultusvereinigung zwangsbeschäftigt waren.



Foto: Mechthild Rawert mit Schülerin der Löcknitz-Grundschule

„Und ab heute lebt hier auf diesem Schulhof ihr Name wieder auf: auf dem Gedenkstein, den die SchülerInnen der Löcknitz-Grundschule für Gertrud Kolmar geschaffen haben“ sagte die Bundespolitikerin.

Rawert trug das alle Anwesende berührende Gedicht „Die jüdische Mutter“ vor, in dem Gertrud Kolmar die Verfolgung der jüdischen Mütter und Kinder durch das Terrorregime der Nazis eindringlich beschrieb.

Bei einer anschließenden Spenden-sammlung für den Förderverein der Löcknitz-Grundschule kamen über 220 Euro zusammen. Damit soll die Erinnerungsarbeit der SchülerInnen weiter gefördert werden.

Die Sozialdemokratin Rawert lobte das einzigartige Engagement: „Ein einmaliges Erinnerungsdenkmal haben die SchülerInnen und Schüler und die Lehrerinnen und Lehrer der 6. Klassen hier auf dem Schulhof der Löcknitz-Grundschule geschaffen. Hier werden den namenlosen Toten ihre Namen zurück gegeben.“ ■

Weitere Informationen zum Denk-Mal-Projekt der Schöneberger Löcknitz-Grundschule finden Sie unter:  
[www.loecknitz-grundschule.de/denk\\_mal.htm](http://www.loecknitz-grundschule.de/denk_mal.htm)

»So will ich auch unter mein Schicksal treten, mag es hoch wie ein Turm, mag es schwarz und lastend wie eine Wolke sein.« (Die jüdische Schriftstellerin Gertrud Kolmar in einem Brief vom 15. 12. 1942)

## ■ 100 Tage Schwarz-Gelb: Rösler setzt aufs falsche Pferd

Zu 100 Tagen schwarz-gelber Regierung erklärt die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages:

Zu Recht wird der schwarz-gelben Koalition in der Bevölkerung nach nur so kurzer Zeit ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Immer wieder erfahren die Menschen, dass die Regierung sich einzig und allein in den Dienst der Wohlhabenden und Reichen in Deutschland stellt. Das trifft auch auf die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik zu:

Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) plant Gesetzesvorhaben, die letztlich die Abschaffung des solidarischen Gesundheitssystems bedeuten werden. Nach den Plänen des Ministers soll die gesetzliche solidarische Krankenversicherung künftig lohnabhängig von den Versicherten bezahlt werden. Röslers Aussagen zum Sozialausgleich für Einkommensschwache entbeh-

ren jeder Basis, ein Finanzierungskonzept liegt nicht vor.

Auch an anderer Stelle will Rösler die solidarische Finanzierung aufkündigen: Nach seinen Plänen soll der Risikostrukturausgleich als Element der Krankenkassenfinanzierung abgeschafft werden. Auch das ist nichts anderes als Klientelpolitik für Gesunde, Junge. Damit benachteiligt werden Geringverdienende ebenso wie chronisch Kranke.

Ich trete ein für eine Gesundheitspolitik, die solidarisch für Kranke und Gesunde eintritt und das hohe Versorgungsniveau für alle in einer immer älter werdenden Gesellschaft erhält.

Anstelle der von der schwarz-gelben Regierung scheinbar gewollten steigenden Kosten und gleichzeitig explodierender Gewinne für Pharmakonzerne muss die Ausgabenseite optimiert werden. Zerstört werden darf nicht die Einnahmeseite des deutschen Gesundheitssystems. ■



Screenshot von [www.spd.de](http://www.spd.de)

## ■ Keine Kürzungen bei multilateraler Hilfe

Nach einem Treffen mit dem US-Unternehmer Bill Gates von der Bill & Melinda Gates Stiftung am 27. Januar erklärt die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, Mitglied im Parlamentarischen Beirat für Bevölkerung und Entwicklung der Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW): „Dass sich Bill Gates so viel Zeit für den Parlamentarischen Beirat für Bevölkerung und Entwicklung genommen hat, zeigt, dass die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) ein weltweit anerkannter Partner ist.“

### Gates befürwortet multilaterale Hilfe

Gesprächsgegenstand war auch der derzeit ins parlamentarische Geschehen eingebrachte Haushalt 2010 des Entwicklungshilfeministeriums. Die SPD hält die Entscheidung der schwarz-gelben Regierung für grundlegend falsch, Hilfen der multilateralen Zusammenarbeit zu kürzen.

Auch Gates unterstrich die Bedeutung der multilateralen Hilfe, gab ein klares Bekenntnis für den Global Fund zur Bekämpfung

von Aids, Tuberkulose und Malaria ab und lobte dessen effiziente Arbeit. „Angesichts der Tatsache, dass 80 Prozent der Menschen

in ärmeren Ländern an nur zwölf Krankheiten sterben, ist die Ausweitung von Impfungen und der Zugang zu Medikamenten unerlässlich. Es liegt in unserer Verantwortung, hier die Forschung voranzutreiben“, so Rawert.

Auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 hatten sich 179 Länder auf ein Aktionsprogramm geeinigt, um die wirtschaftliche Entwicklung armer Länder, die Gesundheit ihrer Bevölkerung zu fördern und das Weltbevölkerungswachstum zu ver-

langsamen. In der Umsetzung des Aktionsprogramms sehen die Mitglieder des Parlamentarischen Beirats einen wichtigen Beitrag zur globalen Armutsbekämpfung und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele - und setzen sich zu diesem Zweck für einen angemessenen politischen und finanziellen Beitrag Deutschlands ein. ■



Foto: Mechthild Rawert mit Bill Gates

## ■ Schwarz-Gelb: Von Solidarität weit und breit keine Spur

Zur Ankündigung der DAK und einiger Betriebskrankenkassen, Zusatzbeiträge in Höhe von acht Euro erheben zu wollen, erklärt Mechthild Rawert (SPD), Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages, am 25. Januar:

Ich halte es für keinen Zufall, dass bekennende Gegner des Gesundheitsfonds jetzt die ersten sind, die pauschale Zusatzbeiträge einführen wollen. Nur gut, dass auf Drängen der SPD-Fraktion diese Pauschale in der Großen Koalition wenigstens auf acht Euro gedeckelt ist.

Der DAK-Vorstandsvorsitzende Herbert Rebscher hat wohl im schwarz-gelben Koalitionsvertrag gesehen, dass die Regierung von kontrollierten Ausgaben rein gar nichts hält. Statt dessen sollen die Honorare der ÄrztInnen ebenso steigen wie die Arzneimittelpreise.

Die Versicherten in Deutschland werden sich auf einiges gefasst machen müssen: Denn ganz im Sinne schwarz-gelber Klientelpolitik hat die Koalition die Arbeitgeberbeiträge auf sieben Prozent eingefroren. Die ArbeitnehmerInnen werden die Kosten für den medizinischen Fortschritt und für die Gesundheitsversorgung in einer immer älter werdenden Gesellschaft in Zukunft alleine tragen müssen. Von Solidarität weit und breit keine Spur.

Die Wirtschaftskrise hat Schätzungen zufolge bei den Kassen zu einem Finanzloch in Höhe von vier Milliarden Euro geführt. Umso mehr muss die Bundesregierung nach Lösungen suchen, die vom solidarischen Gedanken getragen sind. Statt dessen übt sich Schwarz-Gelb in saftiger Klientelpolitik, die letztlich in der Einführung der Kopfpauschale gipfeln wird. Die Spaltung aufgrund von Einkommen und Region ist eine eindeutige Schieflage - aber von Schwarz-Gelb eindeutig so gewollt. ■

## ■ Rawert zur stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Integration und Migration der SPD-Bundestagsfraktion gewählt

In der konstituierenden Sitzung am 16. Dezember ist die Berliner Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden der Querschnittsarbeitsgruppe Integration und Migration der SPD-Bundestagsfraktion gewählt worden.



Foto: Dieter Schütz/www.pixello.de

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass sich Integration und Migration als politischer Auftrag nicht nur auf dem Papier, sondern vor allem in der praktischen Umsetzung niederschlägt. Dabei ist es unabdingbar, dass sich Bund, Länder und Kommunen in Zukunft besser koordinieren“, sagte Rawert. Die Querschnittsarbeitsgruppe der SPD-Fraktion werde hierzu einen Beitrag leisten und SprecherInnen sowie EntscheidungsträgerInnen auf Bundes- und Landesebene sowie der Zivilgesellschaft in ihren Arbeitsprozess einbinden.

Als Mitglied des Gesundheitsausschusses liegt Rawert der Komplex „Integration und Gesundheit“ besonders am Herzen:

Welche Herausforderungen gibt es bei der Gesundheitsversorgung von MigrantInnen zu bewältigen? Haben alle BürgerInnen einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitswesen? Wie gehen wir mit kulturellen Hürden bei der Alterspflege um? Und auch die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für die langjährige Frauenpolitikerin wichtiger Bestandteil von Integration: „Kultur und Tradition dürfen nicht als Vorwand für die Verletzung oder Einschränkung von Frauenrechten herhalten wie etwa bei der Genitalverstümmelung.“

„Als Sozialdemokratin möchte ich, dass MigrantInnen in der SPD wieder ihre politische Heimat finden. Integration kann nur gelingen, wenn MigrantInnen Ownership verspüren und nicht erst mit fertigen Konzepten und Strategien angesprochen werden. Unser Land ist ein Einwanderungsland und wir alle profitieren von dieser kulturellen Vielfalt und dessen Reichtum. Ich lade alle zum Diskurs in und mit der SPD ein.“ ■

## ■ Rawert wird stellv. Sprecherin der Querschnittsarbeitsgruppe Gleichstellung

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 29. Januar eine Querschnittsarbeitsgruppe Gleichstellung gegründet. In der konstituierenden Sitzung wurde Christel Humme, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, einstimmig zur Sprecherin gewählt. Neben der frauenpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Caren Marks, wurde Mechthild Rawert zur Stellvertreterin der Querschnittsarbeitsgruppe gewählt. Zu ihrer Wahl erklärt die Bundestagsabgeordnete:



Foto: Stuelpner/www.pixello.de

Nach wie vor sind die Chancen von Frauen und Männern in Deutschland ungleich verteilt. Das zeigt sich in der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern ebenso wie in der geringen Beteiligung von Frauen in Spitzenpositionen der Wirtschaft, Wissenschaft aber auch der Politik.

Bedauerlicherweise hat die schwarz-gelbe Regierung in ihrem Koalitionsvertrag keine tragfähigen Konzepte, um diese Missstände

zu beseitigen. Statt handfester Lösungen, die uns unsere europäischen Nachbarn längst vormachen, setzt Schwarz-Gelb auf die Freiwilligkeit der Wirtschaft: Keine Quote nach norwegischem Vorbild zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten. Keine gesetzliche Regelung zur Entgeltgleichheit.

Wir haben längst erkannt: Wer sich auf den guten Willen der Wirtschaft verlässt, ist verlassen. Neun Jahre nach der freiwilligen Vereinbarung zwischen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft sind keine großen Erfolge für Frauen zu verbuchen.

Wir legen mit dem auf dem Dresdner Parteitag beschlossenen „Aktionsplan Gleichstellung“ konkrete Lösungsvorschläge vor: Wir fordern ein Entgeltgleichheitsgesetz. Und wir fordern verbindliche gesetzliche Regelungen, damit mehr Frauen in Führungspositionen kommen und wir einen Frauenanteil in Aufsichtsräten von mindestens 40 Prozent erreichen. ■

## ■ Rawert wieder Mitglied im Parlamentarischen Beirat für Bevölkerung und Entwicklung der Deutschen Stiftung für Weltbevölkerung (DSW)

„Eine bessere Gesundheitsversorgung für Frauen in Entwicklungsländern ist Ziel meines Engagements als Mitglied des Parlamentarischen Beirats der DSW“, erklärte die Gesundheitspolitikerin Mechthild Rawert am 3. Dezember nach der Konstituierung des Beirats.



Parlamentarischer Beirat für **Bevölkerung und Entwicklung**

„Auch wir tragen Verantwortung bei der Bekämpfung grassierender Volkskrankheiten wie Tuberkulose und Malaria und für den Ausbau von Gesundheitsberufen zur besseren Aufklärung und Versorgung“, betonte die Sozialdemokratin.

Die Berliner Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert führte weiter aus: „Leider sind viele Länder noch weit davon entfernt, die international vereinbarten Millennium-Entwicklungsziele im Bereich „Gesundheit“ zu erreichen. Vor allem in der Verbes-

serung der Müttergesundheit gibt es auch in der neuen Legislaturperiode dringenden Handlungsbedarf.“

Die Mitglieder des Parlamentarischen Beirats der DSW setzen sich für einen angemessenen politischen und finanziellen Beitrag Deutschlands zur Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) von Frauen, Männern und Jugendlichen ein. Die Verwirklichung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte bis zum Jahr 2015 wurde im Aktionsprogramm von Kairo der Weltbevölkerungskonferenz 1994 festgeschrieben.

Neben der politischen Unterstützung fördert der Parlamentarische Beirat durch Veranstaltungen und Aktivitäten die öffentliche Diskussion zu Gesundheit und Entwicklung. ■

## ■ **Zukunftsträchtige Investitionen in Tempelhof-Schöneberg**

„Das Konjunkturpaket II zeigt Wirkung“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert (SPD) in ihrer Jahresbilanz des Konjunkturpakets II. „Besonders freue ich mich, dass der größte Teil an Investitionen in Schulen und Kitas fließt. In Tempelhof-Schöneberg werden immerhin 20 Mio. Euro von insgesamt knapp 34 Mio. Euro in den Bildungssektor investiert. Damit werden Zukunftschancen für Kinder gefördert. Und auf dem Wege der energetischen Gebäudesanierung werden auch noch wichtige Beiträge für den Klimaschutz geleistet.“

Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise hatte die Große Koalition am 13. Februar 2009 das größte Konjunkturpaket der deutschen Nachkriegsgeschichte beschlossen. Für kommunale Investitionen, Wirtschaftshilfen und Steuersenkungen sind rund 50 Milliarden Euro für die Jahre 2009 und 2010 zur Verfügung gestellt worden.

### **Schwarz-Gelb darf Investitionen der Kommunen nicht verspielen**

„Als Bundespolitikerin ist es meine Pflicht, zu kontrollieren, ob die Maßnahmen des von mir mitbeschlossenen Konjunkturpaketes auch tatsächlich greifen. Deshalb werde ich mich auch 2010 um die zielgenaue Umsetzung der Konjunkturmittel kümmern und bei Problemen unterstützen“, so Rawert.

Das zweite Konjunkturpaket hält die SPD-Abgeordnete nach wie vor für eine richtige Entscheidung. „Ich erwarte von der schwarz-gelben Bundesregierung, dass sie die erfolgreichen Maßnahmen in den Kommunen durch ihre Steuersenkungsorgien nicht verspielt“, mahnt die Bundestagsabgeordnete.

Mit dem Infrastrukturprogramm des Bundes und der Länder unter dem Titel „Stärkung der Kommunen - Mehr Klimaschutz

und Energieeffizienz“ wurde es den Kommunen erstmals wieder möglich, dringend notwendige Investitionen anzuschieben. Für Berlin sind für 2009 und 2010 über 630 Millionen Euro vorgesehen. Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg erhält aus dem Bund-Länder-Investitionsprogramm für 2009/2010 Mittel in Höhe von fast 34 Millionen Euro. In den Genuss der Förderung kommen Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Schwimmbäder, Familien- und Nachbarschaftszentren. Im Vordergrund steht dabei die energetische Sanierung der Gebäude. Des Weiteren fließt Geld auch in die Straßensanierung.

Bereits im Sommer besuchte die Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert im Rahmen ihrer „Konjunkturreise“ zahlreiche Einrichtungen in ihrem Bezirk, die Gelder aus dem Konjunkturpaket II erhalten. „Ich wollte vor Ort sehen, was mit den für Tempelhof-Schöneberg bewilligten 34 Millionen Euro geschieht, ob es Probleme mit den Anträgen oder dem Geldfluss gibt. Einzelnen Trägern konnte ich auch dabei behilflich sein, einiges zu beschleunigen“, berichtet Rawert.

Inzwischen sind bereits erste Ergebnisse des Investitionsprogramms zu sehen: So wird die Kinderklinik im St. Joseph-Krankenhaus in Tempelhof modernisiert. Auch in der Kita Prellerweg erhalten das Dach, die Fenster, die sanitären Einrichtungen sowie die Heizung endlich die dringend notwendigen Erneuerungen. Alle Maßnahmen müssen bis Ende 2010 abgeschlossen sein. ■

**Eine genaue Aufstellung der kommunalen Investitionsmittel (Konjunkturpaket Stand Dezember 2009) finden Sie unter: [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)**



*Foto: Informationsbesuch von Mechthild Rawert, Manuela Schwesig (Ministerin für Familie in Mecklenburg-Vorpommern) und Angelika Schöttler (Stadträtin für Familie, Jugend, Sport und Quartiersmanagement in Tempelhof-Schöneberg) in der Kita Prellerweg.*

## ■ **Halbzeitbilanz des Konjunkturpaketes II**

Am 13. Februar vergangenen Jahres beschloss der Deutsche Bundestag das Konjunkturpaket II. Mit insgesamt 50 Mrd. Euro sollten innerhalb von zwei Jahren zusätzliche kommunale Investitionen ermöglicht werden, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern.

Ein Jahr nach dem Bundestagsbeschluss zum Konjunkturpaket II zieht die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert (SPD) eine erste Bilanz zu den Maßnahmen in ihrem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg.

Das Konjunkturpaket II ist eine Erfolgsgeschichte: Mit Investitionen in Bildung und mit weiteren Infrastrukturmaßnahmen sollten Arbeitsplätze im Handwerk und im Bausektor geschaffen werden. Rawert ist mit der Umset-

zung des zweiten Konjunkturpakets in Tempelhof-Schöneberg sehr zufrieden: „Es hat geholfen, die Folgen der Wirtschaftskrise für den Arbeitsmarkt aufzufangen. Und es hat Projekte ermöglicht, die sonst von den Kommunen so nicht in Angriff genommen worden wären.“

Vor genau einem Jahr einigten sich die Spitzen von SPD und CDU/CSU auf das größte Konjunkturpaket der deutschen Nachkriegsgeschichte. Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise verabschiedete der Deutsche Bundestag im Februar 2009 das Konjunkturpaket II. Dieses Programm umfasst ein Gesamtvolumen von 50 Milliarden Euro für 2009 und 2010.

Mit dem Infrastrukturprogramm des Bundes und der Länder unter dem Titel „Stärkung der Kommunen - Mehr Klimaschutz und Energieeffizienz“ wurde es den Kommunen erstmals wieder möglich, dringend notwendige Investitionen anzuschieben. ■

**Die vollständige Bilanz K2-Bilanz) finden Sie als PDF-Download auf der Website der Abgeordneten unter [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)**



*Konjunkturpaket, Foto: Hartmut910/www.pixelfio.de*

**BVERFG-URTEIL ZU HARTZ IV****■ Arme Menschen dürfen nicht als Sparschweine für schwarz-gelbe Steuersenkungspläne erhalten**

„Das Bundesverfassungsgericht schafft Klarheit: Die bisherige Bemessung der Regelsätze ist verfassungswidrig. Die Zukunft von Kindern darf nicht von der Dicke des Portemonnaies der Eltern abhängen“, sagte Mechthild Rawert, Landesgruppensprecherin der Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten, am 11. Februar zum Urteil der Karlsruher RichterInnen über die Bemessung der Regelsätze für BezieherInnen von Arbeitslosengeld II.

Familien klagen vor dem höchsten Gericht Deutschlands gegen zu geringe soziale Leistungen und bekommen Recht. Das ist ein großer Sieg. Während die CDU am Tag der Verkündung das Urteil begrüßt, kritisiert ihr Innenminister Thomas de Maiziere die Entscheidung nur einen Tag später. Nach seinen Worten ist das Urteil Beleg für die Tendenz zur übertriebenen Einzelfallbetrachtung statt einer vernünftigen Pauschalisierung.

„Die Äußerungen des FDP-Vorsitzenden und Bundesaußenministers Guido Westerwelle im Anschluss an das Urteil sind verwerflich. Wer meilenweit davon entfernt ist, auch nur einen Monat von Arbeitslosengeld II leben zu müssen und sich dann so versteigt, von anstrengungslosen Wohlstand und von spät-römischer Dekadenz zu reden, handelt wirklich - um mit den Worten des früheren CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler zu reden - wie ein Esel“, empört sich Rawert.

**Bedarf darf nicht durch die Hintertür kleingerechnet werden**

Das Bundesverfassungsgericht (BVerG) äußert sich mit seinem Urteil in aller erster Linie zur Bemessungsart und sagt dabei zunächst wenig über die Höhe der Sozialleistungen. Die FDP will das Arbeitslosengeld II gleich abschaffen und fordert eine Zusammenfassung aller staatlichen Leistungen in einem sogenannten Bürgergeld.

Eines ist sicher: Wir SozialdemokratInnen werden nicht hinnehmen, dass CDU und FDP den Bedarf für die Sozialschwachen in unserer Gesellschaft durch irgendwelche Hintertüren kleinrechnen.

Das Gerichtsurteil ist ein Erfolg für all

diejenigen, die auf eine eigenständige Grundsicherung für Kinder gepocht haben. In der Praxis wird es vor allem ein Gewinn für die vielen alleinerziehenden Mütter und Väter sein. „Für ein gerechtes Einkommen der Beschäftigten im Niedriglohnsektor, von denen 70 Prozent Frauen sind, kann nur ein gesetzlicher Mindestlohn sorgen. Dieser wird von der schwarz-gelben Regierung allerdings abgelehnt wie es der Teufel mit dem Weihwasser tut“ erklärt Rawert empört.

**Die Wirklichkeit als Maßstab**

In Berlin lebt jedes dritte Kind von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Die statistische Bemessung der Regelsätze für Kinder darf nicht nur eine mathematische Ableitung der Regelsätze für Erwachsene sein. Vielmehr muss sich die Berechnung an der Lebenswirklichkeit der Kinder selbst orientieren.

Wir wollen ein Gemeinwesen und eine Infrastruktur, die allen Kindern und Jugend-

**Das Urteil**

Am 9. Februar hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das Grundgesetz den Staat verpflichtet, die Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur „Aufrechterhaltung eines menschenwürdigen Daseins unbedingt erforderlich sind“.

Besonders kritisierten die Karlsruher RichterInnen, dass der Bedarf von Kindern bis 14 Jahren nicht tatsächlich ermittelt worden wäre, sondern vom Existenzminimum eines Erwachsenen abgeleitet worden war. Der Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier sprach in dem Zusammenhang von „Schätzungen ins Blaue hinein.“

Sehr zügig, also bis Ende dieses Jahres, müssen neue Berechnungen erfolgen. Schon in diesem Jahr können vor allem chronisch Kranke und geschiedene Eltern für Besuche ihres Kindes weitere Hilfen aufgrund von Härtefallprüfungen erwarten. (Az.: 1 BvL 1/09; 1 BvL 3/09; 1 BvL 4/09).

lichen dient. Der von uns durchgesetzte Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr dient allen Kindern. Die Talente eines Kindes sind nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig, wohl aber ihre Förderung. Das haben in jüngster Vergangenheit gleich mehrere Studien unter Beweis gestellt.

Wir SozialdemokratInnen nehmen nicht hin, dass Besserverdienende über den Kinderfreibetrag mehr Geld für ihre Kinder erhalten als Normalverdienende. Das ist unsozial und unakzeptabel.



Sitzungssaal des Bundesverfassungsgerichts, Foto: wikimedia commons

**Das A und O sind Mindestlöhne**

Mit dem Urteil des Karlsruher Gerichts kommt nun auch wieder Bewegung in die von der SPD angetriebene Diskussion um Mindestlöhne. Das BVerG stellt in seinem Urteil auf die Wahrung der Menschenwürde ab: Wenn sich Arbeit lohnen soll, das heißt, Arbeitslöhne deutlich über den Bedarfssätzen für die Transferleistungen liegen sollen, muss es einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen geben, der auch ArbeitnehmerInnen mit Kindern ermöglicht, ohne Transferleistungen der Bundesagentur für Arbeit ihr Leben zu bestreiten.

**Sozialdemokratie steht für Gerechtigkeit**

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist aufgefordert, im Interesse von 6,5 Millionen LeistungsempfängerInnen im SGB II (davon ca. 2 Millionen Minderjährige) und von 1,13 Millionen LeistungsempfängerInnen im SGB XII (davon 25.000 Minderjährige) bis Ende 2010 die notwendigen gesetzlichen Änderungen vorzunehmen, um die Teilhabe am Leben in Deutschland für alle zu garantieren.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein Appell an jede seriöse Regierung, Steuersenkungspläne in den Orkus zu schicken. Doch mit den von Schwarz-Gelb bereits beschlossenen und noch geplanten Steuersenkungsplänen wird die Schere zwischen Arm und Reich noch größer werden.

Für uns SozialdemokratInnen gilt: Finanziell schwächer gestellte Menschen dürfen nicht als Sparschweine zur Erfüllung schwarz-gelber Steuersenkungswünsche für Einkommensstarke und Reiche genutzt werden! ■

■ **Rawert: Kampf gegen Genitalverstümmelung muss fortgeführt werden**

„Genitalverstümmelung ist eine Menschenrechtsverletzung und deshalb weltweit zu ächten“, erklärte die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert (SPD), Berichterstatterin für geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung im Ausschuss für Gesundheit, zum Internationalen Tag „Null Toleranz gegen weibliche Genitalverstümmelung!“ am 6. Februar.

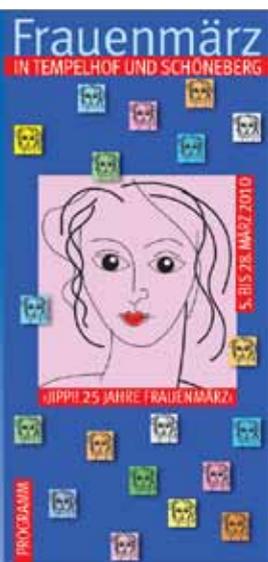
Zu Recht kritisiert der Runde Tisch „STOPP FGM in Berlin“ des Berliner Familienplanungszentrums BALANCE, dass es in Deutschland noch immer keinen medizinischen Diagnose-schlüssel zur Erfassung von FGM betroffenen Frauen gebe. Häufig folgt daraus, dass sich Krankenkassen weigern, die Kosten für notwendige Behandlungen als Folge einer Genitalverstümmelung zu übernehmen. „Hier müssen das Gesundheitsministeriums und die Krankenkassen aktiv werden.

Auch das Gesundheitssystem darf nicht übersehen, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben“, forderte die SPD-Gesundheitspolitikerin.

Laut UNICEF gibt es weltweit 130 bis 150 Millionen beschnittene Frauen und Mädchen - demnach werden jeden Tag 6.000 solcher Verstümmelungen vorgenommen. In Deutschland leben schätzungsweise 30.000 Migrantinnen, die von einer Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation/FGM) betroffen sind. ■



Foto: Terre des Femmes, Videoclip Stopt weibliche Genitalverstümmelung auf www.youtube.com



11. März 2010

■ **Gleiche Arbeit - Gleiche Rechte - Weniger Geld?**  
 Frauen sind formal gleichgestellt, dennoch fällt ihre Entlohnung im Durchschnitt 23% geringer aus als die der Männer. Sie arbeiten auf Teilzeitarbeitsplätzen, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen, ihre Männer machen Karriere. Frauen sind oftmals die Hauptverdienenden in der Familie. Was muss geschehen, um die Einkommensschere nicht noch weiter aufgehen zu lassen?  
 Es diskutieren: Mechthild Rawert, MdB, Prof. Dr. Friederike Maier, Direktorin des Harriet Taylor Mill-Instituts der HWR Berlin und Jenny Huschke DGB-Bundesvorstand, Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik. Diskutieren Sie mit!  
 Ort: Nachbarschaftscafé · Holsteinische Straße 30, 12161 Berlin

19. März 2010

■ **Frauen erobern das politische Berlin**  
 Die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert lädt zu einer politischen Tagesfahrt. Informieren Sie sich über die Arbeit des Europäischen Hauses. Was macht die Deutsche Rentenversicherung mit Ihren Beiträgen? Das Willy-Brandt-Haus öffnet für Sie die Türen. Fragen Sie! Diskutieren Sie! Zum Abendessen laden wir Sie auf eine Schiffsfahrt ein.  
 Anmeldungen bis spätestens 8. März an: mechthild.rawert@wk.bundestag.de · Fax: 720 13 994  
 Telefon 720 13 884. Sie benötigen einen gültigen Ausweis! Ort: Treffpunkt wird bei erfolgreicher Anmeldung bekannt gegeben.

Das ausführliche Programm ist unter: [www.frauenmaerz.de](http://www.frauenmaerz.de) anzurufen.

■ **Rawert: Mehr Mitbestimmung für Frauen in Top-Positionen**

„Frauen wollen eigenständig und selbstbestimmt leben. Voraussetzung dafür ist eine eigene finanzielle und soziale Sicherung - und das unabhängig von der Lebensform“, sagte die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, selbst Gewerkschafterin, auf der 17. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin am 15. Januar.

Noch immer seien Frauen zwar zahlenmäßig in der Mehrheit, nichts desto trotz aber eine strukturelle Minderheit, bemängelte die langjährige Frauenpolitikerin. „Frauen müssen deshalb in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärker als bisher mitbestimmen.“

**Die Zuverdienerin hat ausgedieht**

Männer als Hauptnährer und Frauen als Zuverdienerinnen - diese auch heute noch gängige Annahme erweist sich zunehmend als falsch. Immer häufiger erwirtschaften Frauen den Großteil des Familieneinkommens, wie eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung belegt.

Nach den Worten von Christina Klenner, Referatsleiterin für Frauen und Geschlechterforschung am WSI, ist in jedem dritten (34%) Haushalt, in dem eine Frau lebt, diese mittlerweile die Hauptverdienerin, bei 18 Prozent sogar die Alleinverdienende. Die Ära der Frau als Zuverdienerin neigt sich dem Ende. Die Ge-

sellschaft, allen voran die Wirtschaft, muss sich auf dies neue Realität einstellen und angesichts drohenden Fachkräftemangels verstärkt Bedingungen dafür schaffen, dass sowohl Väter als auch Mütter zeitgleich erwerbstätig sein können.

**Geschlechtergerechte Lebenslaufpolitik**

Auch Prof. Uta Meier-Gräwe von der Universität Gießen, Mitglied der Sachverständigenkommission für den „Gleichstellungsbericht der Bundesregierung“, forderte die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Erwerbs- und Fürsorgearbeit. Der Übergang von der Industrie- in die wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft, die demographische Entwicklung aber auch der Fachkräftemangel erfordere eine geschlechtergerechte (sozial-)staatliche Lebenslaufpolitik. Meier-Gräwe schlägt eine „zeitsensible Gesellschafts- und Familienpolitik“ vor, die „generative Sorgearbeit“ nicht nur aufgrund innerfamiliärer Arbeitsaufteilung absichert.

Die Große Koalition hatte den ersten „Gleichstellungsbericht der Bundesregierung“ auf den Weg gebracht. In dem Bericht soll der gleichstellungspolitische Handlungsbedarf für beide Geschlechter gerade an den Übergängen des Lebenslaufs, also bei der Berufsauswahl, dem Berufseinstieg, der Familiengründung oder beim Berufswiedereinstieg, identifiziert werden. Der Gleichstellungsbericht wird im Sommer 2010 vorgelegt werden. ■

## ■ **SPD-Neumitglieder zu Besuch im Reichstag**

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert (SPD) haben sich am 17. Januar Neumitglieder der Abteilungen Friedenau, Lichtenrade und Tempelhof zu einer Führung durch das Reichstagsgebäude getroffen.

Neben den baulichen Besonderheiten der Neugestaltung durch den Architekten Norman Foster standen dabei besonders die Geschichte und die symbolische Bedeutung des Reichstagsgebäudes im Mittelpunkt.

Natürlich gab es anschließend im Dachrestaurant Käfer auch ausreichend Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen der Bundespolitik zu werfen und über aktuelle politische Themen zu diskutieren.

Insgesamt ein rundum gelungener Ausflug - unbedingt wiederholenswert! ■



## **KREISARBEITNEHMERINNENKONFERENZ**

### ■ **Aufruf zu Betriebsratswahlen 2010**

Mit einem Aufruf zur Teilnahme an den Betriebsratswahlen 2010 und zur Teilnahme an der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion im Mai 2010 endete die Diskussion der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) mit Mechthild Rawert (SPD), Bundestagsabgeordnete in Tempelhof-Schöneberg. Im Zentrum des Austauschs am 21. Januar im Schöneberger Rathaus standen die Folgen schwarz-gelber Politik für ArbeitnehmerInnen und die neue Rolle der SPD in der Opposition. Auf der KreisarbeitnehmerInnenkonferenz wurde ein neuer Vorstand gewählt. Herzlichen Glückwunsch allen vier Vorstandsmitgliedern.

Einig waren sich die Genossinnen und Genossen darin, dass Schwarz-Gelb die Zukunft Deutschlands und die Zukunft seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufs Spiel setzt:

In der Arbeitsmarktpolitik durch das Einreißen der Beschäftigungsbrücke, die Verschlechterung der Kurzarbeit und die Nichtverlängerung der Altersteilzeit, durch die Verunsicherung bei der Arbeitsvermittlung und die drohende Kürzung der Arbeitsförderung just nun, wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise mit voller Wucht auf dem Arbeitsmarkt zuschlagen wird.

Mit ihrer Weigerung, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, riskiert Schwarz-Gelb die Spaltung der ArbeitnehmerInnenschaft, ebenso wie mit der Ausweitung des Niedriglohnssektors, in dem Hunderttausende in die Bedürftigkeit abrutschen. Armutslöhne will Schwarz-Gelb nicht bekämpfen, so dass für viele Menschen ein menschenwürdiges Leben dauerhaft nur durch zusätzliche staatliche Hilfen möglich ist.

#### **Hoteliers werden gefördert, Schwimmbäder geschlossen**

Null Verantwortung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zeigt Schwarz-Gelb auch in der Finanzpolitik: durch die extreme Ausweitung des strukturellen Defizits, hemmungslö-

se Verschuldung, die Gefährdung der öffentlichen Haushalte und eine bewusste Verarmung der Kommunen, die notgedrungen Leistungen einschränken und Gebühren erhöhen müssen. „Ich wehre mich dagegen, dass nun Hoteliers gefördert, Schwimmbäder für alle aber geschlossen werden müssen“, kritisiert die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert.

#### **SPD will Teilhabe für alle Menschen**

Statt die Spaltung der Gesellschaft und eine zunehmende Verarmung in Deutschland zu riskieren, wollen wir SozialdemokratInnen den Menschen existenzsichernde Löhne und die gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglichen. Um das zu erreichen, halten wir lebensbegleitendes Lernen, das Recht auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und altersgerechte Arbeitsplätze sowie den Mindestlohn für unabdingbar.

Gute Bildungsmöglichkeiten sichern Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir machen uns als Opposition stark für eine gebührenfreie Bildung und kostenfreie (erste) Ausbildung, für eine

Kultur der zweiten Chance (nachholende Bildungsabschlüsse), für die Reformierung der (dualen) Ausbildungsstrukturen und für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. „Mir ist als Pädagogin auch sehr wichtig, dass die sogenannten „Frauenberufe“ im Gesundheits- und Sozialwesen endlich gerecht bezahlt werden. Dazu gehört auch, dass wir hier mehr Möglichkeiten eines Studiums auch für Berufserfahrene schaffen“, fordert Mechthild Rawert, selber Sozialpädagogin und Diplom-Pädagogin.

Wir wollen die Möglichkeiten zur beruflichen Qualifikation verbessern: Lebenslanges Lernen wollen wir durch ein Qualifizierungsgeld möglich machen. Wir wollen darüber hinaus die Arbeitslosenversicherung in eine Beschäftigtenversicherung umbauen, damit diese auch als „Lebensunterhaltssicherung“ taugt. ■



## ■ Mehr Rechte und Transparenz für VerbraucherInnen

„Der Verbraucherzentrale Bundesverband hat es mit seiner Zustandsbeschreibung auf den Punkt gebracht: Selten waren die Herausforderungen für die Verbraucherpolitik etwa bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise, der Vertrauenskrise auf den Finanzmärkten oder der Klimakrise so groß“, äußert sich Mechthild Rawert, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz und Berichterstatteerin für Gentechnik im Ausschuss für Gesundheit, im Anschluss an den Parlamentarischen Abend der Verbraucherzentrale Bundesverband am 09. Februar in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.



Malsfeld Foto: Rainer Sturm/www.pixello.de

Der Skandal um die ausfallenden Züge der Berliner S-Bahn ist derzeit in aller Munde - nicht nur bei den Kundinnen und Kunden, die vom Chaos und den Ersatzfahrplänen betroffen sind.

Auch Gerd Billen, Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), griff die Situation der S-Bahn und notwendige Entschädigungsregelungen auf. Auch hier zeige sich, so Billen, wie wichtig der Kampf für starke VerbraucherInnenrechte sei.

Sowohl die Verbraucherzentralen als auch die Stiftung Warentest genießen bei den VerbraucherInnen einen hohen Vertrauensbonus. Eine politische Stärkung der Verbraucherpolitik sei deshalb auch in Zukunft von Nöten, um die Rechte sowie Informations- und Entscheidungsmöglich-

keiten der KonsumentInnen auszubauen. Mehr Transparenz hält Billen beispielsweise beim Datenschutz im Internet sowie bei der Kennzeichnung von anfallenden Gebühren bei Bankgeschäften für geboten. Und wie die SPD will auch der Verbraucherzentrale Bundesverband eine transparente und gut verständliche Nährwertkennzeichnung mit Ampelfarben auf Lebensmittelpackungen.

**Mehr Gentechnik in Lebensmittel droht**  
Elvira Drobinski-Weiß, verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, verwies darauf, dass die SPD-Bundestagsfraktion ebenso wie die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor gentechnikfreie Lebensmittel wolle. Im Interesse der Wirtschaft wolle Schwarz-Gelb aber nun gentechnisch veränderte Organismen (GVO) schneller zulassen und ausdrücklich Genkartoffeln und Genmais nicht verbieten. „Die gentechnikfreundliche Politik der Bundesregierung geht leichtfertig mit der Gesundheit von uns Verbraucherinnen und Verbrauchern um“, kritisiert die SPD-Abgeordnete Mechthild Rawert. ■

## ■ Rheuma-Liga richtet neues Zentrum in Mariendorf ein

„Die Früherkennungsmöglichkeiten von Rheuma müssen gestärkt werden, denn gerade in der Rheumabehandlung kann mit frühzeitigen und zielgenauen Gesundheitsuntersuchungen sowie medikamentöser Behandlung den PatientInnen viel Leid erspart werden“, so die Bundestagsabgeordnete und SPD-Gesundheitspolitikerin Mechthild Rawert im Anschluss an ihr Gespräch mit dem Präsident der Deutschen Rheuma-Liga Berlin e.V., Dr. Helmut Sörensen, am 11. Februar. Im Berliner Ortsteil Mariendorf wird in diesem Jahr das neue Rheuma-Liga-Zentrum eröffnet werden.

Dank der Behandlungsformen würden die Krankheitsbelastungen reduziert, die Lebensqualität erhöht und die Sterblichkeit gesenkt. „Ich finde, wir müssen mehr tun gegen diese Volkskrankheit.“ Wichtig für die Bekämpfung von Rheuma ist aus Sicht der Gesundheitspolitikerin, dass mehr kompetente FachärztInnen wie internistische Rheumatologen zur Verfügung stehen - eine Herausforderung für die ärztliche Selbstverwaltung. ■



Plakatmotiv der Deutschen Rheuma-Liga zum Welt-Rheuma-Tag 2009

## Zitat der Woche.

„Wenn man in dem Bild von Herrn Westerwelle bleiben will, dann ist er der Kaiser Nero. Er hat am Staat gezündelt, indem er überall Steuergeschenke an seine Klientel verteilt. Es ist nicht genug Geld für Bildung da, die Arbeitslosigkeit ist hoch - der Staat müsste also eigentlich investieren. Und was macht der FDP-Chef? Er zündelt am Gemeinwesen. „

Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender,  
am 11.02.2010  
im Interview mit Spiegel-Online



## Impressum.

### Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/227 737 50  
Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

## Kontakt.

### Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86  
12099 Berlin  
Tel: 030/720 13 884  
Fax: 030/720 13 994  
eMail: mechthild.rawert@  
wk.bundestag.de

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:  
U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

## Online.

■ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

**Und auch auf Facebook!**  
[www.facebook.com/  
mechthild.rawert](http://www.facebook.com/mechthild.rawert)